

# Schweizerisches Zivilgesetzbuch (Elektronische Führung der Personenstandsregister)

## Änderung vom 5. Oktober 2001

---

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,  
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 14. Februar 2001<sup>1</sup>,  
beschliesst:*

I

Das Zivilgesetzbuch<sup>2</sup> wird wie folgt geändert:

*Ingress*

gestützt auf Artikel 64 der Bundesverfassung<sup>3</sup>,

...

*Art. 39 Abs. 1*

<sup>1</sup> Zur Beurkundung des Personenstandes werden elektronische Register geführt.

*Art. 40 Randtitel und Abs. 3*

II. Meldepflicht <sup>3</sup> *Aufgehoben*

*Art. 43a*

V. Datenschutz  
und Bekanntgabe  
der Daten

<sup>1</sup> Der Bundesrat sorgt auf dem Gebiet der Beurkundung des Personenstandes für den Schutz der Persönlichkeit und der Grundrechte der Personen, über die Daten bearbeitet werden.

<sup>2</sup> Er regelt die Bekanntgabe von Daten an Private, die ein unmittelbares schutzwürdiges Interesse nachweisen können.

<sup>3</sup> Er bestimmt die Behörden ausserhalb des Zivilstandswesens, denen die zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben nötigen Daten regelmässig oder auf Anfrage bekannt gegeben werden. Vorbehalten bleiben die Vorschriften über die Bekanntgabe nach einem kantonalen Gesetz.

<sup>4</sup> Auf Daten, die für die Überprüfung der Identität einer Person notwendig sind, haben im Abrufverfahren Zugriff:

<sup>1</sup> BBl 2001 1639

<sup>2</sup> SR 210

<sup>3</sup> Dieser Bestimmung entspricht Artikel 122 der Bundesverfassung vom 18. April 1999 (SR 101).

1. die ausstellenden Behörden nach dem Bundesgesetz vom 22. Juni 2001<sup>4</sup> über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige;
2. die für die Führung des automatisierten Fahndungssystems nach Artikel 351<sup>bis</sup> des Strafgesetzbuches<sup>5</sup> zuständige Stelle des Bundes und die Filtrierstellen der im Fahndungssystem ausschreibenden kantonalen und städtischen Polizeikorps;
3. die für die Führung des automatisierten Strafregisters nach Artikel 359 des Strafgesetzbuches zuständige Stelle des Bundes;
4. die für die Nachforschungen nach vermissten Personen zuständige Stelle des Bundes<sup>6</sup>.

*Art. 45 Abs. 3*

<sup>3</sup> Der Bund übt die Oberaufsicht aus. Er kann gegen Verfügungen der Zivilstandsbeamtinnen und Zivilstandsbeamten sowie der Aufsichtsbehörden die kantonalen Rechtsmittel einlegen.

*Art. 45a*

Ia. Zentrale  
Datenbank

<sup>1</sup> Der Bund betreibt für die Kantone eine zentrale Datenbank.

<sup>2</sup> Die Datenbank wird von den Kantonen finanziert. Die Kosten werden nach der Einwohnerzahl aufgeteilt.

<sup>3</sup> Der Bundesrat regelt im Rahmen des Gesetzes und unter Mitwirkung der Kantone:

1. das Verfahren der Zusammenarbeit;
2. die Zugriffsrechte der Zivilstandsbehörden;
3. die zur Sicherstellung des Datenschutzes und der Datensicherheit erforderlichen organisatorischen und technischen Massnahmen;
4. die Archivierung.

*Art. 48 Abs. 5*

<sup>5</sup> Er bestimmt, unter welchen Voraussetzungen es zulässig ist, auf elektronischem Weg:

1. Zivilstandsfälle zu melden;
2. Erklärungen zum Personenstand abzugeben;
3. Mitteilungen und Registerauszüge zuzustellen.

<sup>4</sup> SR 143.1

<sup>5</sup> SR 311.0

<sup>6</sup> Zurzeit das Bundesamt für Polizei

*Schlusstitel***Anwendungs- und Einführungsbestimmungen***Art. 6a*

IIa. Zentrale  
Datenbank im  
Zivilstandswesen

<sup>1</sup> Der Bundesrat regelt den Übergang von der bisherigen auf die elektronische Registerführung.

<sup>2</sup> Der Bund übernimmt die Investitionskosten bis zu 5 Millionen Franken.

*Art. 6b**Bisheriger Art. 6a*

## II

<sup>1</sup> Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

<sup>2</sup> Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

Ständerat, 5. Oktober 2001

Die Präsidentin: Françoise Saudan  
Der Sekretär: Christoph Lanz

Nationalrat, 5. Oktober 2001

Der Präsident: Peter Hess  
Der Protokollführer: Ueli Anliker

*Ablauf der Referendumsfrist und Inkraftsetzung*

<sup>1</sup> Die Referendumsfrist für dieses Gesetz ist am 24. Januar 2002 unbenützt abgelaufen.<sup>7</sup>

<sup>2</sup> Es wird auf den 1. Juli 2004 in Kraft gesetzt.

28. April 2004

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident: Joseph Deiss  
Die Bundeskanzlerin: Annemarie Huber-Hotz

<sup>7</sup> BBI 2001 5733

